



Bürger erwarten konkrete Antworten von Europäischem Rat

Friedrich Merz antwortet auf Regierungserklärung

Im Vorfeld des Treffens der Staats- und Regierungschefs in Brüssel machte CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz erneut deutlich, dass Deutschland höhere Verteidigungsausgaben brauche. Neben der Lage im Nahen Osten und dem Krieg in der Ukraine werde es auch eine Bestandsaufnahme zur Sicherheitspolitik und zur Verteidigungsfähigkeit auf der Tagesordnung des Europäischen Gipfels geben, mahnte Merz. Dazu habe Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung nichts gesagt. „Stattdessen haben Sie ausführlich zur Rentenpolitik gesprochen. Man hat eine Ahnung, auf was die Verteilungskonflikte in ihrer Koalition hinauslaufen.“

Die aktuelle Diskussion um die Idee von SPD-Fraktionschef Mützenich, den Krieg in der Ukraine „einzufrieren“, hält Friedrich Merz für gefährlich – für den Frieden in Europa und für die Ukraine. Denn die müsse den Eindruck gewinnen, als ob man gerade im deutschen Parlament Zweifel daran aufkommen lasse und es zuließe, dass unsere Hilfe befristet sei. CSU-



Friedrich Merz antwortet dem Bundeskanzler nach seiner Regierungserklärung und kritisiert SPD Fraktionschef Mützenich

Landesgruppenchef Alexander Dobrindt bekräftigte, dass es nicht darum gehen könne, Putin nachzugeben. „Es kann nur darum gehen, Europa nachzurüsten. Das ist die Aufgabe, die Sie haben im Europäischen Rat, Herr Bundeskanzler.“

Seite 2



Dollinger-Realschule in Berlin

Gleich zwei Klassen von der Dollinger Realschule aus Biberach haben Josef Rief in dieser Woche im Bundestag besucht. Rief und die Teilnehmer der Gruppe hatten eine spannende Diskussion über viele aktuelle Themen. Vor



allem Bildung und Ausbildung, aber auch Rente und Klimaschutz interessierten die Schülerinnen und Schüler. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

Noch nie habe es eine Bundesregierung gegeben, die so wenig europapolitische Handlungsfähigkeit hat wie diese, sagte Alexander Dobrindt. Die Ampel sei innerlich in allen europäischen Fragen so zerstritten, dass sie keine gemeinsame Position mehr finde. „Herr Bundeskanzler, was wir heute hier gehört haben, war keine Regierungserklärung zum Europäischen Rat. Es war eine Regierungserklärung ihrer europäischen Ratlosigkeit.“

Dabei warten auf die Europäische Union große Aufgaben – nicht nur beim anstehenden Gipfel, sagte Patricia Lips, die stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende für Europapolitik: Sicherheit, Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit, Migration, Erweiterungsfragen – es braucht konkrete Reformschritte für all die-

se Themen, ein Weiter so könne es nicht geben.

Kritik gab es von der Union auch für erneute Blockade der Bezahlkarte: „Am 31. Januar haben Sie sich hier darüber lustig gemacht, wir sollten doch mal die Zeitung lesen, dann wüssten wir auch, wie weit sie wären mit der Bezahlkarte im Deutschen Asylbewerberleistungsrecht“, kritisierte Friedrich Merz. „Herr Bundeskanzler, wenn ich die Zeitungen der letzten Tage richtig lese, dann sind Sie noch überhaupt keinen Schritt weitergekommen, weil die Fraktion der Grünen mal wieder blockiert und Sie nicht das verabschiedet haben und auf den Weg gebracht haben, was Sie schon am 6. November mit den Ministerpräsidenten vereinbart haben.“ ■

Baukrise: Turbo kommt nicht in Gang - 700.000 Wohnungen fehlen, Ampel verschärft das Problem

Deutschlands Bauwirtschaft ist in der Krise. Obwohl immer mehr Menschen dringend Wohnraum suchen, werden immer weniger Wohnungen gebaut. Die Auftragsbücher der Bauunternehmen sind leer. Baugenehmigungen werden immer weniger erteilt. Trotz vollmundiger Versprechungen bleibt die Regierung fast tatenlos. Anders die CDU/CSU-Fraktion: Sie präsentiert in einem [Antrag für den Bundestag](#) eine Reihe von Maßnahmen, um die Baukonjunktur anzukurbeln.

Wie ist die Situation?

Bei Amtsantritt hat die Ampel-Koalition den Neubau von jährlich 400.000 Wohnungen angekündigt. Davon ist längst nicht mehr die Rede. 2023 wurden 223.000 neue Wohnungen fertiggestellt. In diesem Jahr könnte die Zahl sogar bei nur 177.000 liegen. Laut einer Studie fehlen bereits jetzt 700.000 Wohnungen. Prognosen zufolge könnten die Zahl bis 2027 sogar auf 830.000 steigen. Der Mangel führt zu steigenden Mieten und gesellschaftlichen Spannungen.

Wie konnte es dazu kommen?

Zu den Ursachen zählen zum einen stark gestiegene Baukosten und Arbeitskräftemangel. Zum anderen jedoch hat die Bundesregierung einen großen Teil zur Misere beigetragen. So hat sie die Standards für Dämmen und Heizen immer weiter verschärft. Und sie hat Förderprogramme gestoppt oder eingeschränkt. Nach Berechnungen der Bauwirtschaft lassen sich 37 Prozent der Baukosten auf staatliche Vorschriften zurückführen.

Wo bleibt die Trendwende?

Um eine Trendwende einzuleiten, hat der Kanzler vor einem halben Jahr einen Bau-Turbo angekündigt. Doch umgesetzt ist bislang kaum etwas. So wartet die Bauwirtschaft noch immer auf erleichterte Abschreibebedingungen. Auch die Novelle des Baugesetzbuches steht aus. Förderprogramme wie „Jung kauft Alt“ oder „Gewerbe zu Wohnen“ verzögern sich. Die Mittel für das KfW-Programm „Klimafreundlicher Neubau“ sind viel zu knapp bemessen. Zudem werden Fördermittel nur für Häuser gewährt, die nach dem überaus strengen Energie-Standard EH40 gebaut werden. Dabei bringen auch Häuser, die nach dem weniger strengen Standard EH55 gebaut werden, schon jede Menge für den Klimaschutz.

Was fordert die Union?

Die CDU/CSU-Fraktion setzt auf einen Dreiklang aus Steuererleichterung, Förderprogrammen und Kostensenkungen. Der Staat soll nicht länger die Kosten für den Bau in die Höhe treiben, sondern Anreize setzen. So will die Union Sonderabschreibungen für den sozialen Wohnungsbau einführen. Für den erstmaligen Bau oder Erwerb von selbstgenutztem Eigentum will sie einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer gewähren. KfW-Kreditprogramme sollen aufgestockt werden. Eigentümer sollen sie auch für den Bau von Wohnhäusern nach dem Energie-Standard EH55 in Anspruch nehmen können.

Die CDU/CSU setzt sich auch für staatlich abgesicherte Mietkaufmodelle ein, die Familien mit geringem und mittlerem Einkommen zugutekommen würden. ■